



**AZ L-15.431-03.01/157**

**ANTRAG Nr. 49/14**

nach § 19 GeschO

**Betr.: Friedenspädagogik**

Eingebracht in die Sitzung der 15. Landessynode am

A. Beschluss vom

Verweisung an

B. Beschluss vom

Annahme:

einstimmig

mit Mehrheit

bei Jastimmen, Neinstimmen, Enthaltungen

Ablehnung

C. Antrag zurückgezogen  
am

Die Landessynode möge beschließen:

Pädagogisch-Theologisches Zentrum (PTZ), Kostenstelle 0481.00

Die Landeskirche richtet beim PTZ eine Stelle E11 für Religionspädagogen/innen, Diakon/innen oder Mitarbeitende vergleichbarer Qualifikation ein, mit der Zielsetzung, die Friedensbildung an Schulen zu fördern.

Die Stelleninhaber/innen sollen zum einen zum direkten Einsatz im Unterricht angefordert und beauftragt werden können und zum anderen mit der Qualifizierung / Weiterbildung von im Schuldienst stehenden kirchlichen Mitarbeitenden beauftragt werden.

Kosten: 76.000 Euro

Begründung:

Kriege, Konflikte und Krisen in zahlreichen Ländern und Regionen in Osteuropa, im nahen und mittleren Osten und in Afrika erfordern das Engagement der Kirchen für Frieden und Gerechtigkeit - weltweit und bei uns. Friedenserziehung beginnt im Kleinen und gehört zum Bildungsauftrag an unseren Schulen.

Artikel 12 der Landesverfassung fordert, dass die Jugend u. a. zur "Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe" zu erziehen ist. Die Landesregierung will die in der Landesverfassung verankerte Friedensbildung in Schulen künftig stärken. Dazu hat das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport am 30.10.2014 mit verschiedenen Organisationen der Friedensarbeit, u. a. auch dem Friedenspfarramt der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen unterzeichnet.

Im Dialog mit den Unterzeichnenden der Erklärung, den Verbänden, Organisationen und Institutionen aus dem Bereich der Friedensarbeit, entwickelt das Kultusministerium derzeit einen Maßnahmenplan zur Erreichung der genannten Ziele. Es soll sichergestellt werden, dass sich

Schülerinnen und Schüler ein umfassendes Bild von sicherheits- und friedenspolitischen Fragen machen können. Handlungsfelder der Friedensbildung an Schulen umfassen ein breites Spektrum: es reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention über die Beschäftigung mit friedens- und gewaltfördernden Strukturen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Religion bis hin zur Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt.

Seitens der Landeskirche soll dieser wichtige friedenspolitische Bildungsauftrag mit einem spezifischen Beitrag aus der christlichen Friedensethik aktiv unterstützt und gefördert werden.

Stuttgart, 25. November 2014

Angelika Klingel